

1014 Wien, Herrngasse 11-13

Parteiverkehr Dienstag 8 bis 12 Uhr
 und 16 bis 19 Uhr

Fernschreibnummer 13 41 45
 Telefax 531 10 20 60

Amt der Niederösterreichischen Landesregierung, 1014

An das
 Bundesministerium für
 Arbeit und Soziales

Stubenring 1
 1010 Wien

LAD-VD-9320/32

Bei Antwort bitte Kennzeichen angeben

Beilagen

Betrifft GESETZENTWURF	
Z:	GE 989
Datum:	31. OKT. 1989
Verteilt:	31. OKT. 1989

Bezug

Bearbeiter

(0 22 2) 531 10

Durchwahl

Datum

20.795/3-2/89

Dr. Grüner

2152

24. Okt. 1989

Betrifft

14. BSVG-Novelle

Die NÖ Landesregierung beehrt sich zum Entwurf eines Bundesgesetzes, mit dem das Bauern-Sozialversicherungsgesetz geändert werden soll (14. Novelle zum Bauern-Sozialversicherungsgesetz), wie folgt Stellung zu nehmen:

Eingangs muß darauf hingewiesen werden, daß mit dem vorliegenden Entwurf einer BSVG-Novelle auch noch vier andere umfangreiche Gesetzentwürfe mit sozialversicherungsrechtlichem Inhalt zur Begutachtung übermittelt worden sind. Diese Entwürfe sind beim Amt der NÖ Landesregierung am 4. und 5. Oktober 1989 eingelangt. Die Frist zur Begutachtung endet aber für alle Entwürfe bereits am 20. Oktober 1989. Wenn man nun bedenkt, daß diese Entwürfe zunächst an die zuständigen Fachabteilungen verteilt werden müssen und diese Stellungnahme wegen der kollegialen Beschlußfassung durch die NÖ Landesregierung entsprechend zeitgerecht konzipiert werden muß, so verbleibt für die tatsächliche Durchsicht der Bestimmungen gerade eine Woche Zeit. Eine eingehende Beschäftigung mit den Entwürfen ist also gar nicht möglich gewesen. Es wird ersucht, künftig bei der Festsetzung der Begutachtungsfrist auch die Zeit des Postlaufes

- 2 -

einzuplanen.

Inhaltlich werden die Bestimmungen des Entwurfes zur Verbesserung im Bereich der Ausgleichszulagenempfänger ebenso begrüßt wie die vorgesehene Verbesserung bei der Anrechnung des fiktiven Ausgedinges. Diese Regelungen können allerdings nur ein erster Schritt sein. Die im § 40 Abs. 7 genannten Einkommen sollten vielmehr weiter reduziert werden, um zu erreichen, daß tatsächlich alle betroffenen Kleinbetriebe in die Berechnung einbezogen werden können. Die in der genannten Bestimmung angeführten Einkommen entsprechen einem Prozentsatz von 42 % des Ausgleichszulagenrichtsatzes. Der Prozentsatz sollte ehestmöglich auf 35 % herabgesetzt werden, um einer langjährigen Forderung der Betroffenen Rechnung zu tragen. Die Schaffung eines gerechteren Berechnungssystems ist nämlich schon aus Gründen des Gleichheitsgrundsatzes geboten.

Dem Präsidium des Nationalrates werden u.e. 25 Ausfertigungen dieser Stellungnahme übermittelt.

NÖ Landesregierung

L u d w i g

Landeshauptmann

- 3 -

LAD-VD-9320/32

1. An das Präsidium des Nationalrates (25-fach)
2. an alle vom Lande Niederösterreich entsendeten Mitglieder
des Bundesrates
3. an alle Ämter der Landesregierungen
(zu Handen des Herrn Landesamtsdirektors)
4. an die Verbindungsstelle der Bundesländer

zur gefälligen Kenntnisnahme

NÖ Landesregierung

L u d w i g

Landeshauptmann

Für die Richtigkeit

der Ausfertigung



